

NEUE OBWALDNER ZEITUNG



Abgestraft Das Bundesgericht hat die bedingten Strafen für vier Vergewaltiger bestätigt. **40**

Absturz Die Aktien purzeln weiter. Der Börsenindex SMI erreicht ein Zweijahrestief. **13/14**

Augenschein Der Zuger Nationalrat Thomas Aeschi hat Eritrea besucht. **7**

Luzern hofft auf Tennis-Spektakel

FED-CUP a.k. Das Schweizer Fed-Cup-Team qualifizierte sich am Sonntag mit dem 3:2-Sieg in Leipzig gegen Deutschland für den Halbfinal. In diesem treffen Belinda Bencic, Tímea Babcsinszky und Martina Hingis auf die Tschechinnen – und vor allem: Die Schweizerinnen kommen am 16./17. April in den Genuss eines Heimspiels. Drei Orte bewerben sich um die Austragung: Luzern (Messehalle), Genf (Palexpo) und St. Gallen (Kreuzbleiche). «Wir sind bereit und hoffen auf den Zuschlag», sagt Silvan Auf der Maur, Leiter Gastveranstaltungen der Messehalle. Der Entscheid fällt in zwei Wochen. **33**

Mehr Ärzte dank neuem Angebot?

LUZERN rt. Der Kanton Luzern erarbeitet derzeit eine Machbarkeitsstudie zur Medizin-Ausbildung. Die Studie, die klären soll, ob und wie der Kanton Luzern in die medizinische Ausbildung einsteigen soll, wird noch in diesem Quartal erwartet. Nebst dem Aufbau eines Medizin-Masterstudiengangs steht eine weitere Idee im Raum: Absolventen eines naturwissenschaftlichen Bachelorstudiums sollen eine klinische Ausbildung anhängen – an einer Medical School. FDP-Politiker und Arzt Herbert Widmer fordert, dass der Kanton nebst dem Master-Studium auch die Option Medical School prüft. **31**

Sammlung von Plastik eingestellt

OBWALDEN red. Kunststoff-Hohlkörper werden bei den Sammelstellen der Gemeinden ab sofort nicht mehr entgegengenommen. Die Entsorgungsmöglichkeit für Behälter aus Kunststoff sei missbraucht worden, sagt Sepp Amgarten, Geschäftsführer des Entsorgungszweckverbandes Obwalden. In den Sammelbehältern sei bis zu 70 Prozent Material gelandet, das nicht recycelt werden könne. Viele hätten dort einfach ihren Abfall entsorgt. Das habe viel Aufwand und hohe Kosten nach sich gezogen. Nicht betroffen sind die PET-Flaschen. Sie können nach wie vor bei den entsprechenden Sammelstellen abgegeben werden. **25**

ANZEIGE

Sie fühlen sich leer?
Reden wir darüber.

Privat Klinik Aadorf
Tel. 052 368 88 88
www.klinik-aadorf.ch
Persönlich und diskret.

Volkswagen-Rückruf: Jetzt geht es los



ABGAS-SKANDAL Tausende Autos müssen hierzulande zurück in die Werkstatt. Wer sich weigert, riskiert den Entzug des Kontrollschilds.

mim. Letztes Jahr musste der VW-Konzern zugeben, Motoren von weltweit 11 Millionen Autos so manipuliert zu haben, dass die Fahrzeuge auf dem Prüfstand einen weit geringeren Schad-

stoffausstoss anzeigen als im realen Betrieb auf der Strasse. Der Schaden für den deutschen Konzern ist immens und noch nicht vollständig bezifferbar.

Nun hat VW mit dem Rückruf der Fahrzeuge begonnen. Weil zum Teil noch Bauteile hergestellt werden müssen, dauert die Umrüstung der 180 000 Schweizer Autos bis Ende Jahr. Die Dieselsonnen von verkaufstarken Modellen wie Passat und Golf werden ab April zurückgerufen.

Eintauschprämie lockt

Wir haben die wichtigsten Fragen rund um den umfangreichen Rückruf

beantwortet und zeigen auf, worauf Kunden achten müssen. So ist es für Fahrzeughalter obligatorisch, ihr Auto in die Werkstatt zu bringen. Wer sich über einen längeren Zeitabschnitt weigert, riskiert im schlimmsten Fall den Entzug des Kontrollschilds. So weit dürfte es aber nicht kommen, denn für die meisten Kunden ist der Rückruf mit einem minimalen Aufwand verbunden.

Und schliesslich gibt es auch ein Zückerchen: Wer sein betroffenes Fahrzeug gegen ein neues Modell eintauscht, profitiert von einer Prämie von bis zu 3000 Franken. **13**

Merkel will Nato einschalten

FLÜCHTLINGE Die Türkei und Deutschland wollen Nato-Kriegsschiffe gegen Schlepper in der Ägäis einsetzen.

sda. Deutschland und die Türkei wollen die Nato in den Kampf gegen Schlepper in der Ägäis einbinden. Dies müsse diskutiert werden, sagte Kanzlerin Angela Merkel gestern während eines Besuchs in Ankara. Beim Treffen der Nato-Verteidigungsminister in dieser Woche solle geklärt werden, ob das

Verteidigungsbündnis «bei der Überwachung der Situation auf See hilfreich sein und die Arbeit von Frontex und der türkischen Küstenwache unterstützen kann», sagte Merkel nach Beratungen mit ihrem türkischen Amtskollegen Ahmet Davutoglu.

Gemeinsame Polizeieinsätze

Merkel kündigte ausserdem gemeinsame Einsätze deutscher und türkischer Polizisten gegen den «illegalen Grenzübertritt» in der Türkei an. Auch die bilaterale Zusammenarbeit bei der Aufdeckung von Schlepperringen werde fortgesetzt.

Zudem müsse geprüft werden, wie die Arbeit der türkischen Küstenwache und der EU-Grenzschutzagentur Frontex in den Gewässern zwischen der Türkei und Griechenland koordiniert werden könne.

Merkel versprach, dass einige EU-Länder der Türkei sogenannte syrische Kontingent-Flüchtlinge abnehmen würden, um das Land zu entlasten. Zudem sollten nun schnell die 3 Milliarden Euro der EU für die bessere Versorgung bereits in der Türkei lebender syrischer Flüchtlinge eingesetzt werden, erklärten die beiden Politiker. **Kommentar 5. Spalte** **5**

KOMMENTAR

Die Rolle der Bittstellerin

Gestern fanden 38 Menschen vor der türkischen Küste den Tod. Diese Nachricht erreichte die Öffentlichkeit just zu dem Zeitpunkt, als die deutsche Kanzlerin Angela Merkel in Ankara zu Gesprächen mit der türkischen Regierung eintraf. Sie führt vor Augen: Die gefährliche, durch Schlepper organisierte Flucht von der Türkei nach Griechenland muss unterbunden werden. Dieses Jahr reisten schon fast 70 000 Flüchtlinge aus der Türkei zu den griechischen Inseln, im letzten Jahr waren es insgesamt 850 000. Viele haben ihr Leben aufs Spiel gesetzt, sind in den Fluten ums Leben gekommen.

Ein baldiges Ende des syrischen Bürgerkriegs ist nicht absehbar. Deshalb nimmt die Türkei eine Schlüsselrolle ein. Die Türkei hat es in der Hand, entschiedener gegen Schlepperbanden vorzugehen, die Küsten besser zu schützen – und den über zwei Millionen Flüchtlingen im eigenen Land ein besseres Auskommen zu ermöglichen, damit sich diese nicht auf die Flucht begeben.

Die Türkei sitzt also gegenüber Merkel am längeren Hebel. Ankara verknüpft seine Anstrengungen in der Flüchtlingskrise mit einem reichhaltigen Forderungskatalog: mehr Geld für die Flüchtlinge, Visasierleichterungen für Reisen in die EU, Wiederaufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen. Die deutsche Kanzlerin wird so zur Bittstellerin. Ohne Ankara keine Lösung in der Flüchtlingskrise – und kein Ende des Zustroms nach Deutschland.

Innenpolitisch hat Merkels Regierung die Schraube gegenüber Zuwanderern angezogen. Sie ist zum Handeln gezwungen – ihre Zustimmung in der Bevölkerung schwindet. Die Türkei weiss das – und versucht den Preis gegenüber Merkel in die Höhe zu treiben.

CHRISTOPH REICHMUTH, BERLIN
christoph.reichmuth@luzernerzeitung.ch

ANZEIGE

Abonnieren lohnt sich!

AboPASS
LÜZERNER ZEITUNG ZÜRGER ZEITUNG NIDWÄLDNER ZEITUNG
OBWÄLDNER ZEITUNG URNER ZEITUNG SONNTAG
Angebote heute auf den Seiten 6 und 38

INHALT

Agenda	38	Kultur	11	Todesanzeigen	16/18/19
Bücher	10	Ratgeber	32	TV/Radio	34
Forum	17	Spiel & Spass	12	Wetter	32

NACHRICHTEN

Senior baut gleich zwei Unfälle

STANS red. Ein 83-jähriger Autofahrer hat am Sonntagmorgen auf dem Stanser Dorfplatz gleich zwei Unfälle verursacht. Der Mann wartete auf das Freiwerden eines Parkplatzes. Beim Rückwärtsfahren rammte er einen Velofahrer. Dieser stürzte, verletzte sich aber nicht. «In der Aufregung des Geschehens», so schreibt die Polizei, habe der Autofahrer gemäss eigener Aussage dann das Brems- mit dem Gaspedal verwechselt. Sein Wagen fuhr dadurch vorwärts gegen ein anderes parkiertes Auto und beschädigte dieses massiv.

Anhänger kracht in A-2-Leitplanke

BUOCHS red. Ein Selbstunfall hat gestern Morgen auf der A 2 zu Verkehrsbehinderungen geführt. Eine einheimische Autofahrerin war mit einem beladenen Anhänger unterwegs und geriet zwischen Stans Süd und der Fadenbrücke ins Schlingern. Sie kollidierte im Baustellenbereich mit der fahrbahnrennenden Leiteinrichtung. «Dank guter Reaktion und mit etwas Glück konnte die 35-jährige Lenkerin Schlimmeres verhindern und ihr Fahrzeug wieder selbstständig unter Kontrolle bringen», schreibt die Kantonspolizei. Für die Wiederinstandsetzung der Autobahneinrichtung wurde die Nationalstrassenbetriebsgesellschaft Zentras aufgeboten.

AGENDA

Nidwalden, 9. Februar

BUOCHS
20. Buochser Uislumpätä: Einzug für Kinder ab Alterswohnhelm. Entzündung des Feuers auf dem Dorfplatz, 17.30; Beizen- und Strassenfasnacht, Eintritt frei, Guuggenkonzerne, 19.00.

DALLENWIL
Kinderumzug und Uislumpätä: Kinderumzug, Start 14.00; Eintritt am Abend Fr. 5.–, ab 18 Jahren, mit diversen Gastguuggen, Dorfplatz.

ENNETBÜRGEN
Stubeten: Herdern, 13.30–17.00.

STANS
Uislumpätä: Häxäverbrennäta, Dorfplatz, 23.00.

Obwalden, 9. Februar

GISWIL
Uislumpätä: mit Loiwifäger und Chiefereschüttler, Landgasthof Grossteil, 19.00.

KERNS
Uislumpätä: Einzug mit Guuggenmusigen, Alter Postplatz, 19.30.

SARNEN
Fasnachtsumzug der Lälli-Zunft: Motto «Im Rausch der Alpen», anschliessend Guuggenkonzerne, Rangverkündigung auf dem Dorfplatz, 14.00.
Häxäverbrennäta: mit Guuggenkonzernten, Dorf, 20.00.

DEMNÄCHST

Parlamentarier geben Einblicke

ALPNACH Die eidgenössischen Parlamentarier Karl Vogler (CSP, Lungern) und Erich Ettlín (CVP, Kerns) laden am **Donnerstag, 11. Februar**, alle Interessierten ein zur Veranstaltung «Persönlich im Gespräch – direkt aus dem Bundeshaus». Einerseits schauen der National- und der Ständerat zurück auf die Winter-session, die nebst der viel beachteten Ersatzwahl in den Bundesrat aus weit mehr Geschäften bestanden hat. Andererseits nehmen sie einen Ausblick vor auf die Frühjahrs-session, die Ende Februar beginnt, und gewähren einen Blick hinter die Kulissen des Bundeshauses. Der Anlass findet um 19 Uhr im Restaurant Schlüssel in Alpnach statt.

So funktioniert es nicht mehr

OBWALDEN Wer nicht hören will, muss fühlen: Ab sofort wird die Kunststoffsammlung im ganzen Kanton eingestellt. Es landete zu viel Abfall in den Sammelstellen der Gemeinden.

ADRIAN VENETZ
 adrian.venetz@obwaldnerzeitung.ch

Umständlich ist nicht nur der Begriff «Kunststoff-Hohlkörpersammlung», umständlich war offenbar auch das bisherige Recycling dieser Kunststoff-Hohlkörper. Der Entsorgungszweckverband Obwalden hat nun entschieden, die Sammlung aufzuheben. Der Grund: Viele Leute haben sich nicht an die Regeln gehalten und alles Mögliche in diese separaten Behälter für Kunststoff-Hohlkörper geworfen – beispielsweise Fleischverpackungen, Plastiksäcke, Getränkekartons. All dies gehört eigentlich in den normalen Kehricht.

Zu viel «fremder» Abfall

Sepp Amgarten, Geschäftsführer des Entsorgungszweckverbands Obwalden, begründet den Entscheid: «Man muss es leider so direkt sagen: Einige Leute schalten das Hirn aus, sobald sie an einer Sammelstelle sind, und wollen ein paar Rappen sparen.» In den Sammelbehältern für Kunststoff-Hohlkörper sei bis zu 70 Prozent Material gelandet, das nicht recycelt werden kann. «Viele haben dort ganz einfach ihren Abfall entsorgt», sagt Amgarten. Die Sortierung und die Entsorgung dieses «fremden» Materials habe viel Aufwand und hohe Kosten verursacht. «Ein Grossteil des bisher gesammelten Kunststoffs musste der Verbrennung zugeführt werden.»

Sammlung sinnvoll oder nicht?

Eine Kurzschlussbehandlung aus Ärger über Abfallsünder ist die Aufhebung der Sammlung allerdings nicht, wie Sepp Amgarten betont. In der Schweiz steht



Spraydosen, Saftverpackungen, Plastik – gehört alles in den Kehricht, landete aber oft in der Kunststoff-Hohlkörpersammlung. PD

ohnehin schon seit längerer Zeit zur Diskussion, ob die separate Sammlung von Kunststoff-Hohlkörpern wirklich notwendig und sinnvoll ist. Eine umfassende Studie im Auftrag der Renergia Zentralschweiz AG sowie der kantonalen Umweltschutzämter der Zentralschweiz hat mögliche Entsorgungsmodelle für

Kunststoffverpackungen untersucht und diese nach ökologischen, ökonomischen und gesellschaftsrelevanten Kriterien bewertet. Die Studie zeigt nun: Das separate Sammeln von Kunststoffabfällen mit anschliessender Verwertung – also Recycling – ist ökologisch und ökonomisch etwa gleich sinnvoll wie die

normale Entsorgung im Kehricht. Das mag auf den ersten Blick überraschen. Doch: Der Kunststoff liefert bei der Verbrennung wertvolle Energie. Dadurch kann eine Menge Öl ersetzt werden. Sepp Amgarten ist über die Ergebnisse der Studie nicht erstaunt: «Viele hören das nicht gern, aber beim ganzen Thema Recycling geht es oft auch einfach nur darum, das eigene Gewissen zu beruhigen.»

PET-Flaschen nicht betroffen

Die Kunststoff-Hohlkörpersammlung wird also in den Sammelstellen der Gemeinden Alpnach, Engelberg, Kerns, Sachseln und Sarnen ab sofort eingestellt – in Giswil und Lungern gabs ohnehin keine Sammelbehälter dafür. Wohin nun mit dem Material? «Kunststoffflaschen können teilweise bei den Grossverteilern und dem Detailhandel

«Man muss es leider so direkt sagen: Einige Leute schalten das Hirn aus, sobald sie an einer Sammelstelle sind.»

SEPP AMGARTEN,
 ENTSORGUNGZWECKVERBAND

zurückgegeben werden», hält der Entsorgungszweckverband in einer Mitteilung fest. «Der Rest muss über den Kehricht entsorgt werden.» PET-Flaschen sind von dieser Massnahme übrigens nicht betroffen, sie werden weiterhin in den entsprechenden Sammelstellen entgegengenommen.

Wer trotzdem versucht, normalen Hauskehricht in Recycling-Behältern (zum Beispiel für PET oder Papier) zu entsorgen, muss mit einer Busse rechnen – die Sammelstellen sind videoüberwacht. «Bezahlt der fehlbare Entsorger die Busse nicht, wird eine Strafanzeige eingeleitet», hält Sepp Amgarten fest.

«In einer Demokratie ist das kein Bagatelldfall»

ENNETMOOS Landrat Thomas Wallimann hat ein Plakat gegen die Durchsetzungsinitiative aufgestellt. Kurz darauf wird es zerstört.

nelle zu werden. Er erwähnt Pilatus-Angestellte, Kirchenmitarbeiter, Personen, die im Kantonsspital arbeiteten, oder künftig auch das Personal des Bürgenstock-Resorts. Solche Personen würden

von Prämienvergünstigungen zu vergessen. Gemäss Initiativtext wäre das Sozialhilfebetrug.

Plakat wurde zerschnitten

«Ich habe auch gemerkt, dass sehr viele Leute Angst haben, sich zu äussern», sagt dazu Christina Sasaki Wallimann. «Wie das Thema Ausländer hier diskutiert wird, gibt uns grundsätzlich das Gefühl, nicht erwünscht zu sein. Darum haben wir uns entschlossen, mit unserer Meinung hinzustehen und auch andere im Bekanntenkreis zu vertreten.»

Lange blieb die Meinungsäusserung des Ehepaars Wallimann-Sasaki jedoch nicht hängen. «In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurde das Plakat in Ennetmoos zerschnitten», erzählt Wallimann. «Wir wurden von Nachbarn darauf aufmerksam gemacht, die zunächst einen Fasnachtsscherz dahinter vermuteten.» An einen Scherz mag das Ehepaar allerdings nicht recht glauben. «Alles deutet auf Mutwilligkeit hin», sagt Thomas Wallimann. So sei das Plakat gegen die zweite Gotthardröhre unmittelbar daneben heil geblieben.

«Dieser Vandalenakt richtet sich direkt gegen Frauen und Männer ohne Schweizer Pass, die in unserem Land erwünscht und gewollt sind», sagt Wallimann. Als

Politiker, Ethiker und Schweizer erwarte er, dass er sich öffentlich äussern dürfe, «ja dass ich diesen Auftrag durch die Wahl sogar habe», hält er fest. Die Zerstörung des Plakats verletze dieses urdemokratische Recht und treffe ihn als Menschen und Bürger persönlich und direkt. Hinzu komme, dass die Initiative der SVP für ihn ein gravierender Angriff auf die Menschenrechte und eine Verletzung des Persönlichkeitsschutzes sei. Aber auch ein direkter Angriff auf die Gewaltenteilung in der modernen Demokratie.

Anzeige gegen unbekannt

«Ich hatte bereits Kontakt mit der Polizei», so Wallimann. Und er werde in diesen Tagen noch offiziell Strafanzeige gegen unbekannt einreichen. «So etwas ist in einer Demokratie kein Bagatelldfall», so Wallimann. Er sei auch nicht immer mit den Meinungen auf politischen Plakaten einverstanden, «doch es würde mir nie in den Sinn kommen, diese deswegen zu zerstören». Er wisse nicht, wie hoch die Aufklärungsquote solcher Anzeigen sei, doch gehe es um Grundsätzliches, und dies dürfe dann ruhig auch in der Statistik aufscheinen, betont Wallimann.

MARTIN UEBELHART
 martin.uebelhart@obwaldnerzeitung.ch



«Dieser Vandalenakt richtet sich direkt gegen Frauen und Männer ohne Schweizer Pass.»

THOMAS WALLIMANN,
 ENNETMOOSER LANDRAT

bei einer Annahme der Initiative ohne nähere Klärung der Umstände ausgewiesen, sollten sie zum Beispiel den Fehler begehen, etwa ungewollt Angaben zum Einkommen bei der Beantra-



Stand nur kurze Zeit: Unbekannte haben das Plakat von Thomas Wallimann in Ennetmoos zerschnitten. Bilder Thomas Wallimann